



[Startseite](#) > [Stellungnahmen/ Presseerklärungen](#) > Suche:

[Startseite](#)

[Wir über uns](#)

[Bezirks- und Fachvereine](#)

[Stellungnahmen/ Presseerklärungen](#)

[Termine](#)

[Informationen](#)

[Links](#)

[Kontakt](#)

[Login](#)

## Richterbund fordert: Justizminister Dr. Bamberger muss Verantwortung für Rechtsbruch übernehmen

**Pressemitteilung des Deutschen Richterbunds - Landesverband Rheinland-Pfalz - vom 11. November 2010**

Dass Justizminister Dr. Bamberger nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom vergangenen Donnerstag nicht zurücktreten will, ist seine politische Entscheidung. Allerdings stößt seine dafür öffentlich abgegebene Begründung bei vielen Richtern und Staatsanwälten des Landes auf völliges Unverständnis. Insbesondere erscheint es Vielen nicht akzeptabel, wenn sich ausgerechnet der für Recht und Gesetz zuständige Minister nicht zu den durch ihn begangenen Gesetzesverstößen bekennt.

Mit den Erklärungen des Ministers sollte offenbar der Eindruck erweckt werden, als habe er im Verfahren zur Besetzung der Präsidentenstelle bei dem Oberlandesgericht Koblenz im Einklang mit der bis dahin geltenden Rechtsprechung gehandelt.

Dies war aber nicht der Fall. Tatsächlich haben das höchste deutsche Gericht – das Bundesverfassungsgericht- und das höchste deutsche Verwaltungsgericht – das Bundesverwaltungsgericht- dem

### Andere Artikel:

[Mehr Sicherheit in Justizgebäuden](#)

[Presseerklärung zur Sicherheit in Justizgebäuden](#)

[Keine Entwarnung in Sachen OLG Koblenz](#)

[Presseerklärung vom 28. Juli 2011 zur Besetzung der Stelle des Präsidenten des OLG Koblenz](#)

[Forderung nach Erhalt bewährter Gerichtsstandorte](#)

[Arbeitsgruppe zur Justizstruktur eingesetzt](#)

[Angriff auf die rheinland-pfälzische Justiz](#)

[Gemeinsames Positionspapier zur Besoldung und Versorgung der Richter und Staatsanwälte in Rheinland-Pfalz](#)

[Positionspapier zum Eildienst im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereich](#)

[Bund der Richter und Staatsanwälte in Rheinland-Pfalz fordert 8%](#)

[Podiumsdiskussion "Unsere Justiz - überlastet und schlecht bezahlt"](#)

[Richterbund und Vereinigung der Verwaltungsrichter fordern deutlich mehr Geld für Richter und Staatsanwälte](#)

[Richterbund teilt die Auffassung](#)

rheinland-pfälzischen Justizminister die Verletzung von Verfassungsrechten und Gesetzesverstöße attestiert. Schon in seiner Entscheidung in dieser Sache vom 24.9.2007 hat das Bundesverfassungsgericht ausgeführt: "Die trotz bereits angekündigter Absicht der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts unmittelbar nach Zustellung der Beschwerdeentscheidung des Obergerichtes erfolgte Aushändigung der Ernennungsurkunde verletzt den Beschwerdeführer in seinen Rechten aus Art. 33 Abs. 2 i.V.m. Art. 19 Abs. 4 GG." Das Bundesverfassungsgericht setzte mit dieser Entscheidung seine langjährige Rechtsprechung fort, wonach der effektive Rechtsschutz für Mitbewerber nicht durch eine rasche Aushändigung von Ernennungsurkunden vereitelt werden darf.

Erst dieser Verfassungsverstoß und die jetzt durch das Bundesverwaltungsgericht getroffene weitere Feststellung, dass auch die Auswahlentscheidung selbst der gerichtlichen Überprüfung nicht standhält, haben zu dem bisher einmaligen Ergebnis geführt, die Ernennung eines Richters aufzuheben.

Der rheinland-pfälzische Richterbund erwartet, dass sich der Justizminister zu den durch ihn begangenen Rechtsverstößen bekennt. Das ist Voraussetzung dafür, den entstandenen Vertrauensschaden für die rheinland-pfälzische Justiz wenigstens zu begrenzen.

[des Generalstaatsanwalts in Koblenz zum Richterwahlausschuss](#)

[Richterbund fordert mehr Personal für Jugendstrafverfahren](#)

[Stellungnahme zum Entwurf einer Landesverordnung zur Übertragung von Aufgaben auf den Rechtspfleger und den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle](#)

[Stellungnahme zum Entwurf des Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008](#)

[Richterbund fordert volle Besoldungsanpassung](#)

[Thomas Edinger neuer Vorsitzender des Richterbundes in Rheinland-Pfalz](#)

[Stellungnahme des Landesverbands zur geplanten Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge](#)

[Stellungnahme zum Entwurf des Landesjugendstrafvollzugsgesetzes](#)

[Rheinland-Pfälzischer Richterbund rügt Besetzungsverfahren](#)

[Präsidium trifft SPD-Landtagsfraktion](#)

[Gemeinsame Presseerklärung](#)

[Kein Sonderstrafrecht zur Fußball-WM](#)

[Gespräch des Landesvorstands mit Frau Generalstaatsanwältin Reichling, Zweibrücken](#)

[Die Auswirkungen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für die Richterbesoldung und -versorgung](#)



Art-ID: 75, Rbk-ID: 5

[Impressum](#)

[Kontakt](#)

Dsgn: Juhan  
CMS & Realisation: lemon339